

Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Frankfurter Akademische Reden  
6

**Festrede  
am Reichsgründungstag**

im Frankfurter Opernhaus am 18. Januar 1934

Gelesen von  
**Dr. Walter Plathoff**

1934

---

Verlag: G. Wechhold, Verlagsbuchhandlung, Frankfurt a. M.

## Festrede zum Reichsgründungstag

am 18. Januar 1934 im Opernhaus Frankfurt-M.  
gehalten von Dr. W. Plaghoff  
ord. Professor der Mittleren u. Neueren Geschichte

---

Nach dem Zusammenbruch des zweiten deutschen Kaiserreiches hat sich an allen deutschen Hochschulen der Brauch eingebürgert, den 18. Januar durch eine schlichte akademische Feier zu begehen, um dadurch das Gedemken an einen leuchtenden Höhepunkt deutscher Geschichte in den Herzen der akademischen Jugend wachzuhalten. Mit ihren Schwesteruniversitäten ist auch die Johann Wolfgang Goethe-Universität stolz darauf, daß sie unter einem Regime, das nationale Feiern ablehnte und am liebsten ganz gestrichen hätte, einen akademischen Akt am Reichsgründungstage durchgeführt und allen Anfeindungen zum Trotz bewahrt hat. Aber freilich, angesichts des scheinbar unaufhaltsamen inneren und äußeren Niederganges unseres Vaterlandes haben wir diese Feier immer nur mit beklommenem und bangem Herzen begehen können. Heute nach der nationalen Revolution von 1933, am ersten 18. Januar im Dritten Reich ist das anders geworden. Das empfindet besonders der Redner des heutigen Tages, der schon einmal vor neun Jahren für unsere Universität sprechen durfte. Satten wir bisher die Feier nur im engsten Kreise in den Räumen unserer Universität abhalten können, so veranstalten wir sie heute in diesem großen Hause, vor unserer gesamten Studentenschaft, vor Gästen aus allen Ständen unserer Stadt, um dadurch die Volksgemeinschaft und die unlösliche Verflochtenheit der deutschen Hochschulen in die Volksgemeinschaft auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen.

Zu dieser Feier haben wir um so mehr Berechtigung, als der 18. Januar für uns nicht nur ein Tag nationaler Erinnerung ist. Wir wollen mit seiner festlichen Begehung keineswegs aus der Gegenwart in die Vergangenheit flüchten. Wir wollen uns den schweren Aufgaben, die jeder Tag an jeden von uns stellt, mit Nichten entziehen, sondern wir wollen aus einer Stunde vaterländischer Besinnung neue Kraft schöpfen für die Erfordernisse von heute und morgen. Denn der Zukunft unseres Volkes und damit vor allem der Zukunft unserer akademischen Jugend,

Copyright 1934 by

S. Bechhold, Verlagsbuchhandlung, Frankfurt a. M.

Druck: S. L. Brömmers Druckerei, Frankfurt a. M.

der unsere unmittelbare Arbeit gilt, sind auch in dieser Stunde unsere Gedanken und Sorgen an erster Stelle zugewandt. Mit dem Bekenntnis zur Vergangenheit des preussischen und deutschen Volkes, das wir mit der heutigen Feier ablegen, sprechen wir aus, daß wir die Geschichte als ein verpflichtendes Vermächtnis für die Gegenwart und als ein Mahnmal für die Zukunft ansehen.

In doppelter Beziehung ist der 18. Januar ein historischer Gedenktag: er ist der Tag der preussischen Königskrönung und der deutschen Kaiserproklamation im Spiegelsaale des Schlosses von Versailles. Gewiß, die pomphafteste Krönung in Königsberg von 1701 war in erster Linie ein höfisches Fest. Sie entsprang aber nicht allein der Prachtliebe eines Herrschers, dessen Sinnen und Trachten „mehr auf den Schein als auf das Sein“ gerichtet war, sie entsprach den allgemeinen Anschauungen seiner Zeit. Denn es haftete nun einmal an dem Namen eines Königs und an dem Symbol der Krone ein Zauber, dem die damalige Generation nicht widerstehen konnte. Wenn deshalb fast alle größeren deutschen Fürsten nach einer Königskrone trachteten, so wollte der Hohenzoller um so weniger zurückbleiben, da sein Staat die anderen an Macht und Ansehen übertraf. Denn sein Vater, der Große Kurfürst, hatte in einem unablässigen Kämpfen und Ringen das im 30jährigen Kriege fast zusammengebrochene Kurbrandenburg zu einem Faktor der europäischen Politik erhoben, mit dem alle anderen, auch die Großmächte rechnen mußten. Sein Sohn hat mit der Erwerbung der Königskrone nur die Summe seines Lebenswerkes gezogen. Als wichtigstes Erbe hatte der Kurfürst seinem Hause und seinem Staate den Trieb zur Macht hinterlassen, der die Besonderheit Preußens unter den deutschen Territorien ausmacht und seinen Aufstieg erst ermöglicht hat. Kein anderer deutscher Staat ist so von dem Machtgedanken, der Selbstsetzung des Staates erfüllt gewesen wie Preußen. Und das Fundament dieses Staates bildete das stehende Heer, das ebenfalls Kurfürst Friedrich Wilhelm geschaffen hat.

Gewiß, er hatte in allem nur den Grundstein legen, während eines kurzen Menschenlebens nichts vollenden können. So angesehen war der Königstitel nur ein Programm, ein Rahmen, der noch ausgefüllt werden mußte. Ein gütiges Geschick hat dem Hohenzollernstaat in den beiden Nachfolgern des ersten Königs nacheinander ein Verwaltungstalent und einen politisch-militärischen Genius beschert. Sein Sohn Friedrich Wilhelm I. hat die Lande des Königs in Preußen zu einem Einheitsstaat zusammenfaßt, sein Enkel Friedrich der Große, hat ihm die Großmachtstellung errungen. Das bekannte Wort: „Männer

machen die Geschichte“ findet in der Entwicklung Brandenburg-Preußens eine besonders deutliche Bestätigung.

Man hat im 19. Jahrhundert die Frage aufgeworfen, ob Preußen eine besondere historische Mission für die deutsche Geschichte zuzuschreiben sei. Die von der sogenannten borussischen Schule vertretene Auffassung, als ob schon die älteren Hohenzollern bewußt eine deutsche Politik getrieben hätten, ist durch die Forschung widerlegt worden. Aber in einem anderen Sinne kommt dem preussischen Staat dennoch eine „providentielle Sendung“ zu. Er hat eine große nationale Erziehungsaufgabe für das deutsche Volk erfüllt, die Erziehung zur Ein- und Unterordnung unter den Staat und die Staatsautorität, die Erziehung zur Zucht, zur Sparsamkeit und Sauberkeit in der Verwaltung und zur selbstlosen Pflichttreue im Dienste des Staates. Auch diese Tradition verkörpert sich in den drei großen Hohenzollern. Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte seinem ältesten Sohn das Motto zum Auswendiglernen diktiert, das später auf das Portal des Berliner Schlosses gesetzt wurde: „Ich will das Fürstentum führen in dem Bewußtsein, daß es sich um das Interesse des Volkes und nicht um mein eigenes handelt“. Friedrich der Große hat den Satz nicht nur geprägt, sondern auch gelebt, daß der Fürst der erste Diener des Staates sei. Und noch an ein anderes Wort des Königs sei erinnert: „Es ist nicht nötig, daß ich lebe, aber es ist nötig, daß ich meine Pflicht tue“.

In diesem so gearteten Preußentum erwuchs aber auch ein Gegengewicht gegen die zersetzenden Tendenzen, denen das alte Deutsche Reich hoffnungslos verfallen war. Seine schließliche Auflösung machte die Bahn zu einer Neugestaltung frei. Und die innere Kraft und seine großen Leistungen befähigten Preußen, hierbei die Führung zu übernehmen. Es war nicht allein der größte rein deutsche Staat, sondern hatte vor den anderen auch die Aufgabe der Verteidigung des deutschen Raumes zu erfüllen. Im Osten war es der Erbe des Ordensstaates, im Westen hatte es mit seiner Rheinprovinz die Macht am deutschesten unserer Ströme bezogen. Es ist eine der tragischsten Verknüpfungen in unserer an Tragik so reichen Geschichte, daß die Einigung Deutschlands nur um den Preis eines Bruderkrieges verwirklicht werden konnte. Aber bei der Zuspitzung des Dualismus zwischen Preußen und Oesterreich war kaum ein anderer Weg gangbar. Der überragenden Staatskunst und der weisen Mäßigung Bismarcks gelang es, die Mainlinie zu überbrücken und die 1866 geschlagenen Wunden so bald vernarben zu lassen, daß vier Jahre darauf der Süden an die Seite des Nordens trat, um den Angriff Frankreichs abzuwehren und die völlige Einigung

Kleindeutschlands zu erkämpfen. Denn die Lösung der deutschen Frage war nicht allein eine innerdeutsche, sondern ebenso sehr eine internationale Angelegenheit. Der deutschen Entscheidung von 1866 folgte die europäische von 1870/71, auf französischem Boden wurde das neue deutsche Kaiserreich ausgerufen. Unseren Vätern und Großvätern erschien ein Reich ohne Kaisertum undenkbar. Für Bismarck kam noch eine andere Erwägung hinzu, die Erkenntnis, daß die deutschen Fürsten und freien Städte einen Teil ihrer Hoheitsrechte leichter einem deutschen Kaiser als dem König von Preußen übertragen konnten.

Die Zeitgenossen dieser sich überstürzenden Siege und Erfolge waren von ihnen so geblendet und übersättigt, daß sie in der Bismarckschen Reichsgründung den Abschluß der deutschen Einheitsbewegung erblickten. Selbst ein Heinrich von Sybel legte sich damals die Frage vor, woher er noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen solle. Wir wissen heute, daß diese Meinung eine große Selbsttäuschung war. Wir betrachten das Ereignis von 1871 nicht nur als Endpunkt, sondern ebenso als einen Ausgangspunkt für eine neue Entwicklung.

Zunächst: nicht die gesamtdeutsche, sondern bloß die Kleindeutsche Einigung war erreicht; Deutsch-Oesterreich stand außerhalb. Bei seiner Verkoppelung mit den nichtdeutschen Teilen der Donaumonarchie war die großdeutsche Lösung für Bismarck ebenso unausführbar, wie sie es für die Paulskirche gewesen war. Sie blieb ein Zukunftsprogramm.

Dringender war eine andere Aufgabe, die auch sofort in Angriff genommen werden konnte. Die Verfassung des neuen Reiches, der ja die des Norddeutschen Bundes zugrunde lag, war das eigenste Werk seines Begründers. Er hatte sie nicht nach irgend einer staatsrechtlichen Theorie geformt, sondern sie den praktischen Bedürfnissen angepaßt, zumal auch den außenpolitischen. Geblissen hatte er den alten Verhältnissen des Staatenbundes, soweit als es möglich war, Rechnung getragen, um den freiwilligen Anschluß des Südens sicherzustellen. Zweifellos hätte seine Kraftnatur mehr durchsetzen können, aber behutsam vermied er auch den Anschein des Zwanges. Er lehnte es ab, wie er 1866 schrieb, eine vollendete Minerva aus dem Kopf des Präsidiums springen zu lassen, da dadurch die Sache in den Sand der Professorenstreitigkeiten geführt würde. Ihm genügte es nach seinem bekannten Wort, Deutschland zunächst „sozusagen in den Sattel zu setzen“, denn er war der festen Zuversicht: „Reiten wird es schon können“.

Ganz bewußt hatte er das feste Gefüge des preussischen Staates unangetastet gelassen, ja das Reich darauf aufgebaut und Preußen in der Reichsverfassung besondere Rechte, aber auch besondere Pflichten

verliehen. Er hatte Preußen nicht im Reiche aufgehen lassen. Aber lag darin nicht eine Erschwerung für den auch von ihm als notwendig anerkannten Ausbau des Reiches? Und ein zweites Hemmnis für eine Ausdehnung der Kompetenzen des Reiches bildeten die in der Verfassung verankerten Rechte und Reservate der übrigen Einzelstaaten.

Trotzdem hat der Kanzler, zumal in den 70er Jahren das Reich auf Kosten der Einzelstaaten weiter ausgestaltet. Er hat es zu einer Verkehrs- und Wirtschaftseinheit zusammengeschlossen, die erst 1900 vollendete Rechtseinheit sofort eingeleitet. Das Reich als solches erwarb Kolonien, neben das preussische Heer trat eine deutsche Flotte. Schließlich hat Bismarck auch die soziale Gesetzgebung in den Rahmen der Reichsaufgaben einbezogen, in der Ueberzeugung, daß der Sozialismus eine Konsequenz der modernen christlichen Staatsidee darstelle.

Freilich stieß er auf dem eingeschlagenen Wege auf immer größere Widerstände. Der Reichstag, dessen Mehrheit bisher mit ihm gegangen war, versagte ihm seit 1879 die Gefolgschaft. Er selbst hatte die aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgehende Volksvertretung in die Verfassung eingefügt, aber letztlich doch nur als ein Gegengewicht gegen den Partikularismus der Dynastien und Länder, namentlich auch gegen den preussischen Partikularismus. Aber als einen selbständigen, ausschlaggebenden Faktor hat er den Reichstag nie anerkannt. Die Unabhängigkeit der Regierung von den Parteien blieb ihm ein unbedingtes Gebot der Außen- und Innenpolitik. Kampfesfreudig auch in seinem Alter hat er den Kampf mit dem Parlament aufgenommen und sich dabei mehr als vorher auf die förderativen Elemente der Reichsverfassung gestützt. Aber ihre Benutzung und das Auspielen aller vorhandenen Kräfte diente lediglich dazu, die Einheitlichkeit und Festigkeit der Reichspolitik unter seiner Führung zu gewährleisten.

Auf ein einheitliches und freies deutsches Nationalbewußtsein konnte sich Bismarck nicht stützen; das gab es damals noch nicht. Auch das ist eine schicksalhafte Verflechtung in der Geschichte des deutschen Volkes, daß es zu derselben Zeit, wo es um seine nationale Einigung rang, vor die soziale Frage gestellt wurde. An die westeuropäischen Völker trat diese erst heran, als sie ihre nationale Einheit längst besaßen. Das deutsche Volk sollte beide Probleme gleichzeitig lösen. Fraglos ist die soziale Frage hinter die nationale zurückgesetzt und lange vernachlässigt worden. Das hat dazu beigetragen, daß sich weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft der undeutschen, internationalen und Klassenkämpferischen Ideologie des Marxismus ergaben. Zu seiner

Abwehr hat Bismarck die schärfsten Mittel, aber ohne dauernden Erfolg, angewandt. Noch in den Wochen vor seiner Entlassung erwog er neue harte Maßnahmen gegen Parlamentarismus und Marxismus, da fiel ihm der junge Kaiser in den Arm. In dem Konflikt mit ihm mußte er von seinem Posten weichen.

Unter seinen schwachen Nachfolgern konnten diese seine Gegner, Parlamentarismus und Marxismus ihren Einfluß immer mehr erhöhen. Auch der Partikularismus erhob wieder Kühner sein Haupt, und die zunehmende Divergenz zwischen Preußen und dem Reiche erwies sich, wie Bismarck es vorausgesagt hatte, als ein Schaden für Deutschland. Der Ausbau des Reiches kam ins Stocken, die verschiedenen Regierungen waren zufrieden, wenn sie sich mühsam durch alle Schwierigkeiten hindurchwinden konnten. Es fehlte dem Reich seit 1890 an einer wirklichen politischen Führung.

In wahrhaft erschreckendem Maße hat sich das während des Weltkrieges offenbart, in dem doch nichts geringeres als Deutschlands Existenz auf dem Spiele stand. Das deutsche Volk seinerseits hat diese Probe auf den Bestand seiner völkischen Einheit glänzend bestanden. In tiefer Dankbarkeit gedenken wir auch in dieser Stunde aller derjenigen, besonders unter unserer akademischen Jugend, die ihr Leben für das Reich und seine Zukunft gelassen haben.

Nach dem Zusammenbruch von 1918 konnte es zunächst den Anschein haben, als ob ihr Opfer vergeblich gewesen sei. Ein Schmachtfriede war uns aufgenötigt worden, der uns nicht nur große Teile unseres Raumes und unseres Volkstums nahm, sondern auch die Grundlagen unserer materiellen Existenz vernichtete und uns durch die Kriegsschuldlinge moralisch für alle Zeiten in der ganzen Welt diffamieren wollte. Im Innern hatte die Katastrophe bei den Regierenden nicht, wie es in Preußen nach dem Frieden von Tilsit der Fall gewesen war, den entschlossenen Willen zu Reformen und staatlichem Wiederaufbau hervorgerufen. Der nach westeuropäischem Muster gesetzlich eingeführte Parlamentarismus brachte den Parteien die Alleinherrschaft. Wichtigste Entscheidungen wurden zu einem Kulhandel, der Eigennutz triumphierte. Die von unseren äußeren Gegnern geflüstertlich geförderte Zersetzung und Zerklüftung auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und geistigem Gebiete griffen immer weiter um sich. Der Klassenkampf drohte das deutsche Volk völlig auseinanderzusprengen und es der Bolschewisierung auszuliefern.

Da, im Augenblick der höchsten Not schenkte uns das Schicksal das, was uns fehlte, den politischen Führer. Neben dem 18. Januar

wird der 30. Januar 1933 stets seinen Platz in der deutschen Geschichte behaupten: der Tag, an dem der Generalfeldmarschall dem schlichten Soldaten des Weltkrieges, der Reichspräsident dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung die Regierung des Deutschen Reiches anvertraute.

Unverzüglich ging Adolf Hitler ans Werk, das Programm, das sein eigenstes war, und für das er in unaufhörlichem, heißem Kampf immer neue Millionen von Volksgenossen gewonnen hatte, in die Tat umzusetzen. Am Anfang stand die Vernichtung des Marxismus, die Vernichtung der Parteien und des Parlamentarismus. Aber noch mitten in der Revolution begann der Aufbau, so daß sich für eine historische Betrachtung die zeitlichen Grenzen zwischen beiden verwischen.

Wohl selten in der Geschichte hat sich eine neue Regierung einem solchen Riesenmaß von Aufgaben gegenüber gesehen, wie die deutsche Regierung des 30. Januar 1933. Sie war sich dessen voll bewußt, und der Kanzler selbst hat es sofort offen ausgesprochen, daß er sie nicht mit einem Male meistern könne, sondern eine längere Spanne Zeit dafür benötige. Aber wenn wir heute das in einem knappen Jahre Geleistete überschauen, so müssen wir stolz und dankbar anerkennen, daß viel, ungeheuer viel erreicht worden ist.

Wie jede Revolution, so bedeutete auch diese einen bewußten Bruch mit der jüngsten Vergangenheit. Sie brachte eine radikale Ablehnung und Beseitigung des Weimarer Systems. Aber bei dem Aufbau hat Adolf Hitler doch bewußt an die besten Traditionen preußisch-deutscher Geschichte angeknüpft, die zwar lange verschlittet, aber doch nicht ganz aus dem Volksbewußtsein ausgerottet waren. Das hat er öffentlich zum Ausdruck gebracht, als er den ersten unter seiner Kanzlerschaft gewählten Reichstag an der Wahrstätte des alten Preußen, in der Potsdamer Garnisonkirche, eröffnete.

Schon heute wird man sagen dürfen, daß Bismarck und Hitler in der deutschen Geschichte zusammengehören, trotz aller Unterschiede und Gegensätzlichkeiten nach Herkunft, Charakter und Anschauung der beiden Männer. In mehr als einer Beziehung hat, historisch angesehen, der Volkkanzler das Erbe des Reichsgründers vollstreckt. Durch die Gleichschaltung der Länder hat er dem Erbteil der deutschen Geschichte, dem Partikularismus, der sich gerade in dem letzten Jahrzehnt so unheilvoll ausgewirkt, denaraus gemacht und das Reich viel fester zusammengeschmiedet, als Bismarck es hatte tun können. Wie dieser bekennt auch er sich zu dem Führerprinzip, das die Führer-Ver-

antwortung und die Führer-Treue einschließt. Durch seine kraftvolle Führung hat er uns und namentlich unserer Jugend den Lebensmut wieder eingeflößt und sie aufs neue erfüllt mit den alten preussisch-deutschen Idealen der Mann- und Wehrhaftigkeit, des Kampfesmutes und der selbstlosen Hingabe an das Vaterland. Er hat uns allen den Glauben an das deutsche Volk wiedergegeben, an das deutsche Volk, das nicht wie früher durch Klassen und Konfessionen zerrissen ist, sondern in Willens- und Geistes-einheit eine unauflöbliche Schicksals-gemeinschaft bildet. Sie muß sich bewähren vor allem in den harten Jahren der Not, durch die wir jetzt hindurch müssen. Auch für uns und gerade für uns gilt das Wort, das der Freiherr vom Stein in der Zeit der Erniedrigung Preußens gesprochen hat: „Wer mit seinem Volke nicht Not und Tod teilen will, der ist nicht wert, daß er unter ihm lebe.“

Eine Schicksalsgemeinschaft im Innern und nach außen. Auch in außenpolitischer Hinsicht hat das verflossene Jahr eine entscheidende Wendung gebracht. Mit offenem Visier und mit aller Energie hat die Regierung den Kampf um Deutschlands Ehre und Gleichberechtigung aufgenommen. Und daß die erdrückende Mehrheit des Volkes hinter ihr steht, das hat der 12. November der ganzen Welt eindeutig bewiesen.

So bekennen denn auch wir uns in dieser Stunde zu unserem Führer, zu dem Glauben an unser Volk und seine Zukunft, zu dem Gelöbnis, mitzukämpfen und mitzuarbeiten, auf daß Deutschland innerlich genesen und wahrhaft geeint auch im Rat der Völker in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen den Platz wieder einnehmen möge, der dem deutschen Volke nach seinen Leistungen zukommt.